

# Arbeit ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte!

## Was ist undokumentierte Arbeit? Wer ist UNDOK? Und was hat migrantische Selbstorganisation mit all dem zu tun?

Wer hackelt unter welchen Bedingungen auf Baustellen, betreut alte Menschen in ihrem Zuhause, erntet das Gemüse auf den Feldern, putzt im Büro, liefert Essen oder transportiert Pakete? Spätestens mit der Corona-Pandemie sind diese Menschen – größtenteils prekär arbeitende Migrant\*innen – unter dem Stichwort „Systemerhalter\*innen“ ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Immer gibt es unter ihnen auch solche, die ohne Papiere arbeiten. Wir von UNDOK sprechen auch von „undokumentierter“ Arbeit anstatt von „Schwarzarbeit“, „illegaler Arbeit“ oder „Pfuscher\*innen“ – Bezeichnungen, die sehr negativ behaftet sind. Der neutrale Begriff „undokumentiert“ richtet den Blick dagegen auf das, was das eigentliche Problem ist: die restriktiven Migrations- und Arbeitsmarktgesetze, die es Menschen äußerst schwer machen, Zugang zu offizieller Beschäftigung zu bekommen.

Denn nicht jene, die ohne Papiere arbeiten, verursachen Schaden. Ganz im Gegenteil tragen gerade sie dazu bei, dass systemrelevante Branchen am Laufen gehalten werden. Undokumentiert zu arbeiten, ist weder Zufall noch Schicksal, sondern Ergebnis konkreter politischer Entscheidungen – mit dem vor allem Unternehmen Profite erwirtschaften.

In Österreich gibt es zurzeit fast 30 verschiedene Aufenthaltstitel. Die meisten davon schränken für Migrant\*innen die Möglichkeit, offiziell zu arbeiten, stark ein. Undokumentiert Arbeitende sind eine sehr heterogene Gruppe und nicht auf einen Nenner zu bringen: Unter ihnen finden sich ebenso Studierende wie Asylwerber\*innen, Bauarbeiter\*innen wie Crowd-Worker\*innen, formell Niedrig- wie Hochqualifizierte. Sie kommen aus den unterschiedlichsten Ländern, und es gibt sie in fast allen Branchen. Was sie gemeinsam haben, ist, dass sie meist keine andere Wahl haben, als un(ter)dokumentiert – und damit weitgehend unsichtbar – zu arbeiten. Was viele nicht wissen: Auch wenn sie ohne Papiere arbeiten, haben sie dieselben Rechte wie alle anderen Beschäftigten.

Bei UNDOK, dem Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender, haben sich Gewerkschaften, Migrant\*inneninitiativen, antirassistische NGOs und Aktivist\*innen zusammengeschlossen, um auf die Situation der Betroffenen aufmerksam zu machen und diese zu verbessern. Die Beiträge dieser Publikation zeigen, mit welchen Hürden Migrant\*innen und Asylsuchende konfrontiert sind, wenn es um einen sicheren Aufenthalt und existenzsichernde Arbeit geht, aber auch, welche Strategien sie entwickeln, um zu überleben.

Denn Migrant\*innen organisieren sich selbst und kämpfen tagtäglich für ihre Aufenthalts- und Arbeitsrechte. Die Corona-Krise hat ihre Situation weiter verschärft: Viele haben ihren Job und damit ihre gesamte Existenzgrundlage verloren. Je prekärer die Menschen vor der Pandemie beschäftigt waren, desto härter treffen sie die Auswirkungen der aktuellen Situation. Der Zugang zu sicheren Arbeits- und Lebensbedingungen, Existenzsicherung und Gesundheitsversorgung darf aber nicht über Aufenthaltsstatus oder nationale Zugehörigkeiten bestimmt werden – er muss allen, die hier leben und arbeiten, offenstehen. [www.undok.at](http://www.undok.at)



## „Arbeiten ist erlaubt, Bezahl- werden nicht“

Seitdem Jennifer S.\* in den 1980er-Jahren in Österreich gelandet ist, hat sie in den unterschiedlichsten Bereichen gejobbt: als Skilehrerin, als Bürokraft, als Englischlehrerin und Übersetzerin – meistens jedoch ohne offizielle Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis und immer wieder in scheinselfständigen, prekären Beschäftigungsverhältnissen. Als gut ausgebildete, weiße US-Amerikanerin war sie in aller Regel „unauffällig“. Dennoch war auch sie als Drittstaatsangehörige mit zahlreichen bürokratischen Hürden und behördlichen Schikanen konfrontiert.

Als ich Mitte der 1980er mit 22 Jahren das erste Mal nach Österreich kam, habe ich in Tirol als Skilehrerin gearbeitet. Es machte Spaß, war schlecht bezahlt, aber immerhin: Ich war angemeldet. Bis ich mir den Daumen brach, war mir gar nicht bewusst, dass ich kranken- und sozialversichert war – ein Traum! Um den Aufenthaltstitel kümmerte sich die Skischule. Bevor Österreich bei der EU war, war das noch alles recht einfach für Amis. Ich habe dann in anderen Ländern gearbeitet – ohne Papiere –, bis ich ein paar Jahre später wieder in Wien eine Arbeit auf Werkvertragsbasis fand. Die war auch „illegal“, weil ich keine Aufenthaltserlaubnis hatte. Damals wusste ich aber nicht, dass ich die überhaupt brauche.

1989 bekam ich zum ersten Mal für sechs Monate eine Aufenthaltserlaubnis, aber ohne Arbeitserlaubnis. Die Leute sagten mir: Wenn du mit deiner Muttersprache arbeitest, brauchst du die nicht. Das waren natürlich Gerüchte. Aber niemand hat sich an mir gestört, und ich konnte ohne Schwierigkeiten als Englischlehrerin an einer Sprachschule arbeiten. Angefangen haben die Probleme erst, als ich an der Uni mit meinem Doktoratsstudium begann. Für das Studentenvisum braucht man einen Finanzierungsnachweis. Ich hatte zwar neben dem Studium immer gearbeitet, aber nicht genügend Geld am Konto. Ich schrieb also an meiner Doktorarbeit, hatte aber keinen offiziellen Aufenthaltsstatus. Ich dachte mir: Naja, irgendwie wird das schon alles gehen. Wäre ich, als ich an einer Sprachschule Englisch unterrichtet habe, angestellt gewesen, wäre vieles leichter gewesen. Ich hätte einen Aufenthaltstitel bekommen können.

Irgendwann habe ich doch nach Möglichkeiten gesucht, einen legalen Aufenthalt in Österreich zu bekommen und Anträge bei der MA 35\*\* gestellt. Das Magistrat befand sich damals in der ▶

► Fickeysstraße – das war sehr passend. Oft scherzte ich: „Schon wieder die Fickestraße!“ Inzwischen hatte ich mein Doktorat in der Tasche und war halbwegs erfolgreich als Übersetzerin tätig, also dachte ich: Klar bekomme ich einen Aufenthalt. Aber nein. Die MA 35 wollte alle möglichen und unmöglichen Sachen von mir, das kannst du dir nicht vorstellen! Und trotzdem hieß es immer: Nein, es geht nicht, und alle meine Anträge wurden abgelehnt.

**Ich ließ mich von Hilfsorganisationen für Migrant\*innen beraten**, die konnten mir aber auch nicht weiterhelfen. Freundinnen von mir haben österreichische Männer geheiratet, um einen Aufenthaltstitel zu bekommen. Ich bin im Nachhinein froh, dass ich das nicht gemacht habe.

Ich habe für Museen, Universitäten, auch für ein Ministerium gearbeitet – das war alles kein Geheimnis! Man kann sagen: Als Migrantin ohne Papiere zu arbeiten wird akzeptiert, dafür bezahlt zu werden aber nicht. Das Problem war das AMS, das meinte: Wir haben genug Dolmetscher\*innen. Deshalb gab es keine Beschäftigungsbewilligung für mich. Ich bin aber keine Dolmetscherin, ich bin Übersetzerin. Ich hatte Empfehlungsbriefe von sehr vielen Leuten, für die ich übersetzt habe, aber das AMS sagte trotzdem Nein. So war ich für 15 Jahre ohne offizielle Papiere.

**Später nahm ich mir eine Anwältin.** Sie hat durchgeboxt, dass ich den Aufenthaltstitel doch noch bekomme. Aber damit war es nicht getan: Als selbstständige Arbeitende brauchte ich damals eine Niederlassungsbewilligung. Ich musste also quasi von vorn anfangen. Um für die Bewilligung anzusuchen, muss man am 1. Jänner bei der MA 35 in der Dresdner Straße im 20. Bezirk sein. Ich dachte mir: Ich gehe gleich um 6 Uhr in der Früh hin, da werde ich die Erste in der Schlange sein. Aber die Leute haben vor dem Magistrat gezellet! Es gab nämlich nur ganz wenige Quotenplätze für eine Niederlassung. Glücklicherweise hatte meine Anwältin alle Unterlagen schon vorher hingeschickt, irgendwie kam ich an eine Wartenummer und durfte hinein. Und dann habe ich

den Titel wirklich bekommen. Ich erinnere mich an Leute, die weniger Glück hatten und weinten. Das war wirklich schlimm.

**2016 wollte ich meine Niederlassungsbewilligung verlängern.** Da hieß es: Nein, vorher brauchen wir eine Nostrifizierung Ihres Dokortitels – obwohl ich meinen Doktor in Wien gemacht habe! Es ist nur absurd, die reinste Schikane, irgendwann explodiert man innerlich. Dann verlangten sie Unterlagen von der Sozialversicherung – eine Sache, die selbst die Versicherung nicht verstand. Nach vielem Hin und Her rief die sogar selber bei der MA 35 an und fragte: Was um Himmels Willen wollen Sie von uns? Erst dann lenkte die Behörde ein und sagte: Oh, das war ein Versehen, tut uns leid. Es ist wie bei einem Puzzle: Du brauchst eine Krankenversicherung, eine Wohnung, einen Reisepass. Du zahlst Steuern, zahlst deine Versicherung. Du machst alles richtig, wenn jedoch nur eine kleine Sache fehlt, hast du keine Chance. Die Behörden wollten, dass ich aufgebe. Aber nicht mit mir.

Nach 35 Jahren in Österreich habe ich jetzt endlich einen EU-Daueraufenthalt mit Arbeitsbewilligung bekommen. Wobei: In vier Jahren kann ich in Pension gehen. Aber mir geht es ums Prinzip – ich will zeigen, dass es möglich ist, einen Weg zu finden, nicht nur für mich, sondern auch für andere. ☺

\* Name von der Redaktion geändert

\*\* Magistratsabteilung für Einwanderung und Staatsbürgerschaft der Stadt Wien

## „Ich hatte Angst, dass mich die Fremdenpolizei holen kommt“

**2004 sucht Ayo M.\* in Österreich um Asyl an. Für Menschen mit einem laufenden Asylverfahren sind die Möglichkeiten, hier offiziell zu arbeiten, extrem eingeschränkt\*\*:** befristet in der Ernte- oder Saisonarbeit (und auch das nur im Rahmen festgelegter Kontingente), im Zuge von Hilfstätigkeiten im gemeinnützigen Bereich, in Privathaushalten mit Dienstleistungsscheck oder als Selbstständige. Außerdem dürfen Asylwerber\*innen in Wien nur ca. 110 Euro dazuverdienen – was mehr verdient wird, wird von der Grundversorgung abgezogen.

**Als leidenschaftlicher Fußballer findet Ayo M. über einen Freund Anschluss bei einem semiprofessionellen Fußballverein. Er ist überglücklich, trainiert Tag und Nacht und träumt von einer Profikarriere. Mit einem monatlichen Minilohn und Spielprämien, die er – undokumentiert und bar auf die Hand – vom Verein erhält, schafft er es, sich über Wasser zu halten. Vier Jahre später wartet Ayo M. noch immer auf den Ausgang des Asylverfahrens, bei Auslands-spielen darf er nicht dabei sein. Frustriert und ernüchert gibt Ayo M. schließlich das Fußballspielen auf und sieht sich nach einer anderen Arbeit um, die ihm ein Überleben ermöglicht.**

2008 begann ich, Zeitungen auszutragen, zwei Jahre lang habe ich das gemacht. Das waren fast alles Ausländer im Job: Inder, Bangladescher und andere. Obwohl ich keine Arbeitspapiere hatte, war ich angemeldet und hatte jeden Monat einen Lohnzettel im Briefkasten. Der Job war ganz okay. Es gab nur eine Situation, in der ich mich ausgenutzt fühlte: Für die Arbeit brauchte man normalerweise drei, vier Stunden, ich war aber meistens schon nach zwei Stunden fertig. Als mein Chef das herausfand, gab er mir Arbeiten seiner Freundin, zusätzlich zu meiner. Aber das war nicht der Grund, warum ich kündigte.

Vielmehr hatte ich Angst, dass die Fremdenpolizei kommen und mich

holen würde, weil ich noch keinen offiziellen Asylstatus hatte und dort eigentlich gar nicht arbeiten durfte. Eines Morgens klopfte es an die Tür, und da waren sie. Das will ich aber gar nicht erzählen, es war schrecklich für mich.

**Neben dem Zeitungsjob fing ich an**, in einem Chinarestaurant zu putzen. Die Arbeit hatte mir ein Freund vermittelt. Ich machte in der Nacht die Küche und die Böden sauber, täglich drei bis vier Stunden. Nach drei Wochen drückte mir der Chef 210 Euro in die Hand, sprich 10 Euro pro Tag. Der Freund hatte mir jedoch gesagt, dass ich 5 Euro pro Stunde bekommen würde. Und dann gab mir dieser Typ 10 Euro für einen ganzen Tag! Ich war wütend und sagte ihm, dass ich nicht für

so wenig Geld arbeiten kann. Dann ging ich einfach. Was anderes konnte ich nicht tun, ich hatte ja nichts gegen ihn in der Hand, weil jemand anders den Lohn verhandelt hatte.

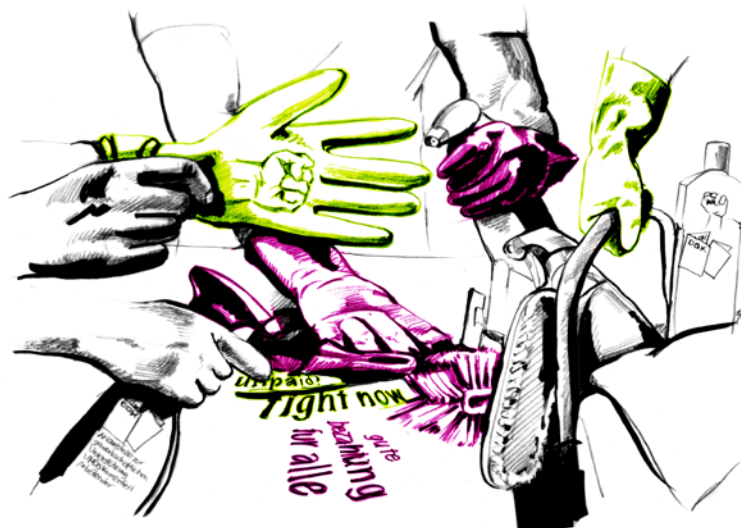
**Danach hatte ich Aussicht auf einen Reinigungsjob** in einem Krankenhaus. Es gab eine Probezeit von drei Tagen, und sie versprachen mir eine Anstellung und 900 Euro Monatslohn. Die Leute wussten, dass ich Asylwerber war und keine Arbeitspapiere hatte. Ich war total happy. Ich glaubte, eine Möglichkeit gefunden zu haben, regulär zu arbeiten, und fing am ersten Tag mit Vollgas an. Als ich am nächsten Tag in die Arbeit kam, war da ein anderer Typ, der meine Aufgaben erledigte. Der Chef sagte mir, dass sie mich nicht mehr brauchen. Einfach so! Ich war wirklich geschockt.

Seit 2013 hat sich meine Situation verändert, ich darf offiziell arbeiten. Bis vor Kurzem arbeitete ich für ein bekanntes Cateringunternehmen, dessen Zentrale in Deutschland ist. Die Firma vermietet auch Teller, Gläser, Küchengeräte etc. für Großevents, zum Beispiel in der Hofburg. Wir sind ungefähr 15 fixe Arbeiter\*innen, einige sind Österreicher\*innen. Es gibt auch Arbeiter\*innen von Leihfirmen. Wenn viel los ist, arbeiten wir in Schichten.

Vor ein paar Jahren fanden die österreichischen Kolleg\*innen heraus, dass wir unter dem kollektivvertraglichen Mindestlohn ►

**„Jeder Mensch, ohne Unterschied,  
hat das Recht auf gleichen Lohn  
für gleiche Arbeit.“**

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 23, Absatz 2



## Erklär mir mal ...

### Illegal versus illegalisiert

Dem Begriff „illegal“ stehen wir kritisch gegenüber, weil er Assoziationen zu kriminellen Tätigkeiten auslöst. Doch Menschen sind niemals illegal! Stattdessen sprechen wir von „illegalisiert“, wenn Mitmenschen ohne Aufenthaltsstatus bzw. trotz Aufenthaltsverbots in Österreich leben.

### Un(ter)dokumentiert arbeiten

Von undokumentierter Arbeit sprechen wir bei UNDOK, wenn Migrant\*innen ohne Arbeits- oder Aufenthaltspapiere beschäftigt sind. Von unterdokumentierter Arbeit ist die Rede, wenn es z. B. für einen Teil der Beschäftigung einen Arbeitsvertrag gibt, die Vereinbarungen aber von dem\*der Arbeitgeber\*in nicht eingehalten werden, etwa, wenn Menschen mehr arbeiten, als sie angestellt sind.

Migrant\*innen ohne Papiere sind meist auf sich alleine gestellt. Für sie gibt es kaum eine andere Möglichkeit zu überleben als

undokumentiert zu arbeiten, da sie keine Arbeitserlaubnis bekommen. Gleichzeitig haben sie kaum Zugang zu Sozialleistungen, medizinischer Versorgung, adäquaten Wohnmöglichkeiten oder formaler Bildung. Aber: Auch undokumentierte Migrant\*innen haben Rechte. Wegen der Gefahr von Denunziation, Festnahme, Inhaftierung oder Abschiebung beanspruchen sie diese jedoch nur selten.

### Scheinselbstständigkeit

Wenn jemand auf dem Papier selbstständig tätig ist, obwohl ein unselbstständiges Arbeitsverhältnis vorliegt, sprechen wir von Scheinselbstständigkeit. Menschen, die z. B. als 24-Stunden-Betreuer\*innen oder Essenslieferant\*innen arbeiten, sind von ihren (de facto) Arbeitgeber\*innen abhängig, weisungsgebunden und nicht frei bei der Orts- und Zeiteinteilung. Offiziell gelten sie aber als Selbstständige. Oft werden sie ins Ein-Personen-Unter-

nehmer\*innentum gedrängt, wo Rechte für Arbeitnehmer\*innen nicht greifen. Davon profitieren vor allem die Unternehmen, die so Arbeitsgesetze umgehen und weniger Abgaben zahlen.

Ob jemand Arbeitnehmer\*in oder selbstständig ist, hat unterschiedliche Konsequenzen, etwa in Bezug auf geregelte Arbeitszeiten, den Zugang zum Arbeitslosengeld, Pensionsansprüche oder das Steuerrecht. Die Pseudoselbstständigkeit kann verschiedene Formen annehmen wie etwa den Missbrauch von Werkverträgen oder die Auslagerung von Kernaufgaben an Ich-AGs/Solo-Selbstständige oder prekäre Subunternehmer\*innen.

### (Gewerkschaftliche) Selbstorganisation

Meistens denkt man bei der Organisation von Arbeitnehmer\*innen an Gewerkschaften und Betriebsrät\*innen, Betriebsversammlungen und Streiks. Heute fehlen jedoch in vielen Branchen traditionelle

betriebliche Strukturen – viele arbeiten ausgelagert, vereinzelt, befristet oder auf Abruf. Organisation im 21. Jahrhundert geschieht daher immer öfter unter veränderten Voraussetzungen. Häufig ist die (Selbst-)Organisation von prekär bzw. papierlosen migrantischen Arbeitenden nur punktuell und temporär. Zugleich werden radikale Forderungen gestellt, weil es nicht zuletzt ums Überleben geht.

Für traditionelle Gewerkschaften ist es Aufgabe und Herausforderung, solche Selbstorganisationen tatkräftig zu unterstützen: durch rechtliches und organisatorisches Know-how, aber auch materielle und personelle Mittel. Und durch das Vertreten anti-rassistischer Positionen. Zentral bleibt dabei, die Selbstrepräsentation zu fördern und den Kampf für gleiche Rechte auf jene auszuweiten, die nicht in einem „Normalarbeitsverhältnis“ stehen. ☉

▶ arbeiteten – wir bekamen sogar weniger als die Arbeiter\*innen von der Leihfirma! Daraufhin gingen wir alle gemeinsam zu unserem Chef und stellten ihn zur Rede. Wir verlangten, nach dem Kollektivvertrag bezahlt zu werden. Er telefonierte mit der Zentrale in Deutschland, aber die lehnte das ab. Der Filiale in Österreich gehe es wirtschaftlich nicht gut, hieß es, wir seien im Minus. Von da an begann jede\*r, einzeln mit dem Chef zu verhandeln. Aber wir haben es zumindest versucht. Dann, kurz vor der Corona-Pandemie, ging die Firma in Konkurs.

Es gab da noch eine Sache, die wir gemeinsam gemacht haben: Einmal wollte die Firma, dass wir auch samstags und sonntags arbeiten. Wir diskutierten das untereinander,

für uns war klar, dass das nicht geht, weil wir alle Familien haben und das auch nicht in unseren Verträgen stand. Dann setzten wir uns mit dem Chef zusammen. Er sagte: Okay, wer die Wochenenden macht, kriegt die Stunden doppelt gezahlt. Er brachte auch Nachtschichten ins Spiel, für die wir ebenfalls zusätzliche Stunden bezahlt bekommen würden. Damit waren wir dann einverstanden.

Ich muss sagen, mir war damals nicht wirklich klar, was ein Kollektivvertrag eigentlich ist und was mir sowas bringt. Ich hatte ein okayes Verhältnis zu meinem Chef und machte meine Arbeit gut, die Sache mit dem Kollektivvertrag war für mich zu kompliziert. Es hätte sicher geholfen, wäre jemand da gewesen, der\*die uns über unsere Rechte und

darüber, wie wir mit dem Chef hätten reden sollen, aufgeklärt hätte. Wenn wir uns Unterstützung zum Beispiel von der Arbeiterkammer geholt hätten, wäre es vielleicht anders gelaufen. Aber damals wusste ich darüber noch nicht Bescheid. Vielleicht das nächste Mal – auch mein jetziger Lohn lässt zu wünschen übrig. ☉

\* Name von der Redaktion geändert

\*\* Im Juli 2021 kippte der Verfassungsgerichtshof die bisherige Regelung und erklärte zwei betreffende Erlässe aus 2004 und 2018 für gesetzwidrig. Arbeitsminister Kocher reagierte abermals mit einem Erlass, der den Jobzugang für Asylwerber\*innen weiterhin limitiert.

# Die Selbstorganisation der „Unorganisierbaren“

Sara Hassan im Gespräch mit Flavia Matei (DREPT/IG24)

**Wie organisieren sich Menschen, die wenig sichtbar und alleine arbeiten? Scheinselbstständig, systematisch ausgebeutet und ihrer Arbeits- und Sozialrechte beraubt: So beschreibt Flavia Matei die Situation für die aus Osteuropa kommenden 24-Stunden-Betreuer\*innen, die alte Menschen in deren Zuhause betreuen. Initiativen wie DREPT oder die IG24, die auch im UNDOK-Verband aktiv ist, zeigen, dass allen Umständen zum Trotz migrantische Selbstorganisation möglich ist.**

**SARA HASSAN: Vor dem Hintergrund der Covid-Krise wurde die immense Rolle der 24-Stunden-Betreuer\*innen als Systemerhalter\*innen erkannt. Wer sind diese Betreuer\*innen?**

FLAVIA MATEI: Es sind meistens Frauen aus Rumänien, der Slowakei, Kroatien und Bulgarien, die für mehrere Wochen am Stück nach Österreich kommen und währenddessen 24 Stunden für die Klient\*innen da sind, sieben Tage die Woche, die ganze Zeit. Sie machen eine Arbeit, die kaum jemand machen will, und werden dafür extrem schlecht bezahlt. Der Verdienst liegt zwischen 40 und 80 € netto pro Tag, also bei kaum mehr als 2 € die Stunde! Sie verdienen so wenig in diesem Beruf, dass sie in Österreich nicht davon leben können.

**Unter welchen Bedingungen arbeiten die Betreuer\*innen?**

Die Betreuer\*innen müssen als Ein-Personen-Unternehmen (EPU) arbeiten. Das heißt, sie sind nicht angestellt. Sie sind theoretisch selbstständig, könnten theoretisch alles verhandeln – also ihre Arbeitsplätze suchen und Gehälter verhandeln. Die Realität ist aber eine andere. Es ist in Wirklichkeit eine Scheinselbstständigkeit, denn sie sind meistens von den Vermittlungsfirmen komplett abhängig. Die Betreuer\*innen und die Vermittlungsagenturen sind zwei Parteien, die selbstverständlich unterschiedliche Interessen verfolgen, aber auch unterschiedlich viel Macht besitzen. Die Vermittlungsfirmen definieren, wie viel die Betreuer\*innen bezahlt bekommen, wie lang sie arbeiten, wo sie arbeiten, sie übernehmen die ganze Verwaltung. Als selbstständige Ein-Personen-Unternehmen werden die Betreuer\*innen theoretisch von der Wirtschaftskammer (WKO) vertreten. Gleichzeitig vertritt die WKO aber

auch die Vermittlungsagenturen. Wenn es also Uneinigkeit zwischen den Betreuer\*innen und den Vermittlungsagenturen gibt, wie es häufig der Fall ist, entsteht ein offensichtlicher Interessenskonflikt.

**Aber an wen können sich die Betreuer\*innen dann wenden?**

Weil die Personenbetreuer\*innen als EPUs arbeiten, werden sie von der WKO vertreten – mit allen oben erwähnten Problematiken –, und sie haben keinen Zugang zur Arbeiterkammer. Für sie gilt kein Mindestlohn und kein Arbeitszeitgesetz, sie haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen wie z. B. Arbeitslosengeld. Unterm Strich gibt es in Österreich keine staatliche Institution, die die Interessen der Betreuer\*innen vertritt.

**Die mehrfachen Gefährdungen für Betreuer\*innen schaffen also einen Nährboden für Missbrauch jeder Art.**

Ja, da es so wenig Regelung in dem Bereich gibt, entsteht eine große graue Zone. Das lädt dazu ein, die Macht, die man hat, auszunutzen. Man braucht sich nur die Organisationsverträge zwischen Betreuer\*innen und Vermittlungsorganisationen anzuschauen: Die Personenbetreuer\*innen müssen z. B. eine Inkassovollmacht unterschreiben – damit hat die Vermittlungsagentur volle Kontrolle über alle Zahlungen. Es gibt Fälle, in denen das Gewerbe ruhend gestellt wurde, ohne dass die Betreuer\*in davon weiß. Und was passiert, wenn es häusliche Gewalt gibt? Die Betreuerin kann doch nicht im Haus mit dem\*der Täter\*in bleiben, trotzdem soll sie bei einem eigenständigen Arbeitsplatzwechsel Pönale an die Vermittlungsfirma zahlen.

Es gibt keinen Schutz für Betreuer\*innen, und was noch schlimmer ist: keine Kontrolle.

Niemand überprüft die Klauseln und sagt: Das ist ausbeuterisch. Es läuft einfach weiter, und wir nennen dieses System „legal“.

**Das System ist darauf ausgelegt, dass es zu maximalem Missbrauch der Arbeitenden führt. Wer unternimmt aktuell etwas dagegen?**

Niemand. Das liegt aber auch daran, dass diese Arbeit unsichtbar ist. Es ist für die Betreuer\*innen außerdem schwierig, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Sie sind über das ganze Land verteilt, ihr Arbeitsplatz ist zwischen vier Wänden bei der betreuten Person. Wann sollen sie da auch noch politische Arbeit leisten? Das Zynische daran ist, dass immer wieder Vermittlungsfirmen als Vertreter\*innen für die Betreuer\*innen eingeladen werden und in deren Namen sprechen.

**Warum spricht man nicht direkt mit den Betreuer\*innen? Es geht doch um ihre Lebensrealität, und sie sind die Expert\*innen in dieser Situation.**

Meine persönliche Meinung ist, dass Österreich immer noch Schwierigkeiten hat, mit dem Thema „Migrantische Arbeit“ umzugehen. Auch während der Pandemie hat man gemerkt, dass migrantische Arbeitskräfte wie eine Sonderklasse behandelt wurden. Es fehlt am politischen Willen, diese Probleme zu lösen, auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Menschen einzugehen. Und nicht zuletzt: Es ist ein profitables System. Oft kommt das Argument, dass sich die österreichischen Familien eine Anstellung nicht leisten können. Es ist aber ein schlechter Kompromiss, ein „billiges“ System zu haben, das auf Kosten der Betreuer\*innen geht. Ein solches System gehört reformiert.

**Das sind auch Forderungen von DREPT. Kannst du mehr über eure Organisation und Forderungen erzählen?**

DREPT ist eine selbstorganisierte Gruppe von rumänischen Betreuer\*innen und Aktivist\*innen. Uns gibt es in dieser Form seit Anfang 2020, wir arbeiten aber schon seit rund fünf Jahren aktivistisch zusammen. Vor 2020 war unsere Tätigkeit informell und nicht kontinuierlich, deswegen

haben wir uns entschieden, eine Gruppe zu starten, die eine Identität und einen Namen hat und mit ihrer Präsenz dazu beiträgt, bessere Arbeitsbedingungen für 24-Stunden-Betreuer\*innen zu schaffen. Wir sind gerade dabei, gemeinsam mit slowakischen Kolleg\*innen eine Interessenvertretung zu gründen: die IG24. Eine selbstorganisierte, unabhängige Vertretung, die Raum bietet für alle Anliegen, die den Betreuer\*innen wichtig sind und sie bestärkt, ihre Rechte wahrzunehmen und durchzusetzen. Wir fordern Sicherheit für alle Menschen, die in Österreich wohnen und arbeiten – das betrifft bei migrantischen Arbeitskräften nicht nur den Arbeitsplatz, sondern auch die Arbeitsbedingungen, den Transport und die Unterkünfte. Nur so kann sich in prekären und ausbeuterischen Segmenten etwas ändern. ☺

*Das Interview ist eine stark gekürzte und redigierte Fassung der Podcast-Folge „Warum eigentlich kümmert niemand die 24-Stunden-Pflege?“ von Sara Hassan vom Dezember 2020, zu hören auf: [www.arbeit-wirtschaft.at/warum-eigentlich-podcast-episode16](http://www.arbeit-wirtschaft.at/warum-eigentlich-podcast-episode16)*

*[www.ig24.at](http://www.ig24.at)  
[www.facebook.com/dreptpentruingrijire](https://www.facebook.com/dreptpentruingrijire)*

**2014 kommt Anna S.\* für einen Job aus Südosteuropa nach Wien. Sie arbeitet ohne Papiere. Den Job hat ihr eine Freundin vermittelt, deren Lebensgefährte mehrere Restaurants besitzt und eine Hilfskraft braucht. Anna S. ist froh über das Arbeitsangebot, denn sie hat zu Hause kleine Kinder und steht finanziell ziemlich schlecht da. Doch schon bald muss sie erkennen: Weder zahlt der Chef ihr den versprochenen Lohn noch hält er sich an sonstige Abmachungen. Als Anna S. nicht mehr weiterweiß, wendet sie sich an den Österreichischen Gewerkschaftsbund, der sie schließlich an die UNDOK-Beratung weitervermittelt. Mit Unterstützung von UNDOK und der Arbeiterkammer schafft es Anna S. tatsächlich, das ausstehende Geld zu bekommen. Doch bis dahin mussten noch einige Hürden genommen werden.**

Es ging alles sehr schnell. Ich organisierte mir einen Pass und machte mich auf den Weg nach Wien. Die Freundin sagte mir, dass ich für die Hilfsarbeit im Restaurant 5 Euro pro Stunde bekomme, plus kostenlose Unterkunft und gratis Essen. Von Dingen wie Anmeldung oder Mindestlohn hatte ich damals keine Ahnung. Überhaupt war alles sehr konfus. Ich war zum ersten Mal weit weg von Zuhause und teilte jetzt mit einer anderen Frau ein Zimmer in einer Privatwohnung. Für die Unterkunft musste ich zahlen – keine Rede mehr von kostenlosem Wohnen, und die Vermieterin meinte, dass sie mich nicht unter dieser Adresse anmelden könne. Nichts von dem, was mir versprochen worden war, funktionierte, absolut nichts.

Ich sollte das Restaurant in der Früh putzen, danach in der Küche aushelfen. Es gab keine fixen Stunden und keinen festen Pauschallohn. An einem Tag arbeitete ich von 7 Uhr in der Früh bis 11 in der Nacht, an einem anderen nur ein, zwei Stunden. Ich arbeitete auf Abruf, es hieß, dass ich meine Arbeit stundenweise abrechnen solle.

Mein Chef gab mir anfangs Geld, aber es war viel weniger als ausgemacht. Jeden Tag fragte ich ihn wegen meines ausständigen Lohns – wir sprachen Englisch miteinander –, ich war höflich, aber beharrlich. Trotzdem kriegte ich nur zu hören: Morgen kriegst du was.

Dann begann er, mich zu schikanieren. Mein Chef war ein sehr unangenehmer Mensch, er hat mich niedergemacht und mir vulgäre Dinge an den Kopf geworfen. Ich war schon kurz davor aufzugeben. Aber dann dachte ich: Vielleicht will er genau das, dass ich einfach auf alles verzichte. Ich fragte die anderen Kolleg\*innen, ob sie auch Probleme mit dem Chef hätten. So erfuhr ich, dass die Köchin ihn einmal angezeigt hatte, sie sich aber später einigte. Wo es ging, drückte er sich davor, die Leute zu zahlen. Ich sagte ihm ständig: Ich will meinen Lohn. Aber es war immer dasselbe. Dann ging ich zu UNDOK und ließ mich beraten. Mir war klar: Es

wird nicht leicht. Aber wenn ich jetzt aufgeben werde ich es in Zukunft schwer haben, für mich einzustehen und zu kämpfen.

Was ist dann passiert? UNDOK hat mit mir einen Interventionsbrief aufgesetzt. Das ist ein Schreiben, in dem man auf seine Ansprüche hinweist und der Arbeitgeber aufgefordert wird, fehlendes Geld zu zahlen. Mein Chef zuckte aus, als er den Brief bekam! Er drohte mir mit dem Anwalt. Außerdem behauptete er, dass ich im Restaurant geklaut hätte und er dafür Zeug\*innen habe. Ich war schockiert – dass er so weit gehen würde, damit hatte ich nicht gerechnet. Er sagte auch: Du hast schwarzgearbeitet und wirst ein Arbeitsverbot bekommen! Einen Anwalt kannst du dir sowieso nicht leisten und du hast kein Geld, bis der Prozess vorbei ist – was auch irgendwie stimmte. Dieser Druck war schrecklich. Dann versuchte er auch noch, mich zu erpressen: Er würde jemanden bezahlen, der mich verprügelt, wenn ich weitermache. Ich wechselte daraufhin meinen Wohnort, aber, obwohl ich große Angst hatte, war aufgeben für mich nicht drin.

Am Anfang ging es um nicht viel Geld, ich wollte nur das haben, was ausgemacht worden war – das war ja weit unter dem kollektivvertraglichen Mindestlohn. Trotzdem war mein Chef weiterhin uneinsichtig und versuchte immer wieder rumzutricksen. Dabei war er kein Unbekannter, in der Arbeiterkammer gab es schon Beschwerden über ihn. Wir überlegten, wen wir als Zeug\*in anfragen konnten, was für mich sehr unangenehm war – ich wusste ja, wer noch ohne Papiere arbeitete, diese Menschen wollte ich nicht mitreinziehen.

Aber ich hatte noch ein anderes Problem: Mir ging das Geld aus, ich konnte mir

die Wohnung nicht mehr leisten und kehrte daher nach Hause zurück. Währenddessen ging der Fall weiter, glücklicherweise wurde er schnell gelöst, in nur drei Monaten. Den fehlenden Lohn bekam ich dann mithilfe der Arbeiterkammer. Mein Chef ging nämlich in der Zwischenzeit in Konkurs, das Geld erhielt ich aus einem Insolvenzfonds, den es für solche Fälle gibt.

Ich finde es sehr wichtig, diese Erfahrung zu teilen. Als ich in dieses Restaurant kam, arbeiteten andere, die selbst betrogen wurden. Warum hat niemand etwas gesagt? Die Menschen schweigen darüber, vielleicht aus Scham. Aber man muss über solche Sachen reden, ich spreche auch mit meinen Kindern darüber. Den Arbeitgeber nehme ich jetzt wie einen Partner wahr. Ich arbeite fair, also bezahl mich fair! Da gibt es keine Kompromisse.

UNDOK hat mich gestärkt und mir das Vertrauen gegeben, dass alle Letztentscheidungen bei mir liegen und nichts unternommen wird, was ich nicht will. Ich hatte so viele Ängste – vor unangenehmen Situationen, vor Bestrafung, davor, wie meine Familie reagieren wird. Es ist wirklich nicht einfach! Aber wenn der Prozess einmal losgetreten ist, geht man Schritt für Schritt, immer weiter. Und es ist machbar! Wir dürfen uns nicht abgrenzen vom Leiden anderer. Wo immer es geht, sollen wir einander helfen, auf welche Art auch immer. Daher erzähle ich meine Geschichte. Gerade weil ich so gelitten habe, schaue ich jetzt mehr auf die anderen. ☺

\* Name von der Redaktion geändert

**„Wer um seine\*ihre Arbeitsrechte kämpft, braucht sicheren Aufenthalt im Land.“**

UNDOK-Verband



**„Die aktuelle Krise zeigt, dass niemand von fundamentalen sozialen Rechten ausgeschlossen werden darf! Fordert deshalb mit uns die Legalisierung aller Menschen ohne Aufenthaltsdokumente!“**

legalisierungjetzt.net



## „Wir wollen endlich legal arbeiten können“

**Quer durch Europa kämpfen undokumentierte Migrant\*innen für ihre Aufenthalts- und Arbeitsrechte. In Belgien besetzten Sans-papiers mehrere Gebäude und riskierten ihr Leben in einem 60 Tage andauernden Hungerstreik. Ein Bericht von Helena Piontek.**

Sie nennen sich „Sans-papiers“, die Papierlosen. Menschen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis: die, die eigentlich geräuschlos unter uns leben, verborgen und illegalisiert. Sie fahren im Bus nie ohne Ticket und gehen, wenn sie krank sind, nicht zum Arzt, weil die Furcht vor Abschiebung permanent über ihnen schwebt. Doch genau diese Menschen haben sich in diesem Jahr in Belgien in die grelle Öffentlichkeit gestellt und fordern lautstark ein dauerhaftes Bleiberecht.

Was im Januar mit der Besetzung der Brüsseler Kirche Saint-Jean-Baptiste au Béguinage begann, sollte sieben Monate später die belgische Regierungskoalition beinahe zum Zerbrechen zwingen. Anfang des Jahres trugen rund 250 Männer, Frauen und ein paar Kinder ihre Matratzen in das barocke Kirchenschiff in dem beliebten Viertel Saint-Catherine mitten in der Brüsseler Innenstadt. Im Februar folgte zusätzlich die Besetzung zweier Universitätsgebäude in Brüssel mit noch einmal so vielen Menschen ohne Aufenthaltstitel. Sie alle gehören der „Union des Sans Papiers pour la Régularisation“ an, einem autonomen Netzwerk von undokumentierten Migrant\*innen in Belgien.

**Ihre Forderungen sind simpel:** die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus und die Festlegung klarer und dauerhafter Kriterien, um ein dauerhaftes Bleiberecht in Belgien zu bekommen. „Solange es keine klaren Kriterien gibt, wird es immer in der Macht der einzelnen Bearbeiter liegen, zu entscheiden, wer bleiben darf und wer nicht“, erklärt Abdul-Azim, einer der Aktivist\*innen. Nur wenn die Kriterien von einer unabhängigen Kommission angewandt würden, könne der Prozess nachvollziehbar und fair ablaufen.

Es ist nicht das erste Mal, dass Papierlose in Belgien auf diese Art protestieren. Bereits 1998 besetzten Sans-pa-

piers die Béguinage-Kirche, ganze 20 Monate harrten die Menschen damals in der katholischen Kirche aus. Zehn Jahre später, 2008, wurde das Gebäude erneut Zentrum des Protests. In beiden Fällen erhielten als Resultat mehrere Tausend Menschen das Bleiberecht – Ende der 1990er wurden von 50.000 Anträgen sogar ganze 40.000 dauerhaft bewilligt.

**Dass sich eine Bewilligung** in solchem Ausmaß als Resultat der aktuellen Proteste wiederholt, ist unwahrscheinlich. Denn anders als bei den Besetzungen vor zehn und 20 Jahren ist das politische Klima deutlich verändert – mit einer offenen Migrationspolitik lassen sich in Belgien wie in weiten Teilen Europas derzeit keine Wahlen gewinnen.

Der zuständige christdemokratische Staatssekretär für Asyl und Migration, Sammy Mahdi, nannte die Besetzung in einem Interview Anfang Februar „Erpressung“, und räumte den Besetzer\*innen seitdem in Statements regelmäßig jegliche Chancen auf eine kollektive Legalisierung aus. Diese Haltung änderte sich auch nicht, nachdem am 23. Mai 479 Aktivist\*innen in den drei Besetzungen in den Hungerstreik traten. 50 Tage nach dem Beginn des Hungerstreiks teilte Mahdi mit: „Es wird keine kollektiven Aufenthaltserlaubnisse mehr geben. Die Regeln gelten immer noch, und ich werde meine Politik nicht plötzlich ändern, weil diese Leute entscheiden, mit dem Essen aufzuhören.“

**60 Tage lang hielten die Sans-papiers** den Streik, in den letzten zehn Tagen einige sogar, ohne zu trinken. Gegen Ende war es nur noch eine Frage der Zeit, bis die ersten Menschen sterben würden. Immer wieder kollabierten Streikende und mussten im Krankenhaus behandelt werden, sechs Menschen nähten sich ihre Mäuler zu, weitere fünf versuchten, sich während der Zeit das Leben zu nehmen. Sie würden lieber sterben,

als wieder in die bittere Realität der Illegalität zurückzumüssen, betonten die Sans-papiers während des gesamten Protests.

Es ist der nicht zu brechende Wille, der diese Gruppe eint. Sie wollen ein Bleiberecht für alle Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung. Egal, aus welchen Gründen jemand in dieser Situation ist: Einige sind illegal eingereist, andere haben das Land nach einem negativen Asylbescheid nicht wieder verlassen oder sind nach Ablauf einer temporären Aufenthaltsgenehmigung geblieben. Genaue Zahlen, wie viele Menschen unter diesen Bedingungen in Belgien leben, gibt es nicht. Schätzungen gehen von etwa 150.000 Menschen aus, in einem Land mit rund elf Millionen Einwohner\*innen. Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis begegnen uns in vielen Bereichen des Alltags: Sie lackieren Nägel, stechen Spargel und putzen Hotelzimmer. Sie bauen unsere Häuser und betreuen unsere Alten.

**Doch ein Leben in Illegalität** bedeutet immer auch ein Leben in völliger Unsicherheit: ohne Krankenversicherung, ohne Arbeitsschutz, ohne jegliche Rechte, die reguläre Bürger\*innen des Landes haben. Korrupte Arbeitgeber\*innen nutzen diese Verletzlichkeit der Sans-papiers schonungslos aus – und durch die Corona-Pandemie ist für die meisten von ihnen aus einer schlimmen Lage eine ausweglose geworden. Der Schritt in die Öffentlichkeit war für sie zur letzten Hoffnung geworden.

Kurzzeitig schien es, als müsse Staatssekretär Mahdi dem mittlerweile enormen politischen Druck nachgeben: Elf der 20 Minister\*innen in der Regierung drohten im Juli offen mit ihrem Rücktritt, sollte eine\*r der Aktivist\*innen zu Tode kommen. Sozialdemokratische und grüne Abgeordnete des Europäischen Parlaments und international bekannte Künstler\*innen und Menschenrechtsaktivist\*innen wie Pink Floyds Roger Waters oder Ai Weiwei unterzeichneten offene Briefe an die Regierungskoalition von ▶

► Premierminister Alexander De Croo. Auch Olivier De Schutter, UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und extreme Armut, besuchte die Menschen in der Kirche und sagte anschließend: „Was ich gehört habe, war erschütternd, denn viele sind seit vielen Jahren in Belgien. Sie befinden sich in einem Rechtsvakuum, während ihre Kinder hier zur Schule gehen, und obwohl sie arbeiten, haben sie keine Möglichkeit, sich über die Formen der Ausbeutung zu beschweren, denen sie ausgesetzt sind.“

**Doch für viele Sans-papiers** wich die Hoffnung der Ernüchterung: Nach 60 Tagen Hungerstreik bleibt nur wenig Greifbares von den Verhandlungen mit der Regierung. Kurzzeitig wurde eine neutrale Zone in der Nähe der Béguinage-Kirche eingerichtet, in der die Sans-papiers beraten wurden und ihre Anträge auf ein Bleiberecht erneut oder erstmals stellen konnten. Aufgrund der teils schlechten gesundheitlichen Verfassung der Hungerstreikenden könnten einige von ihnen aus medizinischen Gründen eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis erlangen – ein bitterer Trost. Viele hatten gehofft, auch beim diesjährigen Protest eine Art kollektives Bleiberecht erwirken zu können. Doch aus Furcht,

einen Präzedenzfall zu schaffen, besteht Staatssekretär Mahdi weiterhin auf einer individuellen Prüfung der Anträge. Zwar würden jene der Hungerstreikenden vorrangig bearbeitet, doch nach wie vor nur nach den bestehenden Gesetzen, wie Mahdi erneut im Oktober in einer Parlamentsdebatte betonte.

**Derzeit begutachtet die Einwanderungsbehörde** 326 Anträge der Hungerstreikenden auf ein humanitäres Bleiberecht. 101 Anträge wurden bereits geprüft, 89 der Antragsteller\*innen hatten zuvor noch keinen Asylantrag gestellt. Bleibt Staatssekretär Mahdi seiner Linie treu, wird eine Einbürgerung nach belgischem Recht faktisch unmöglich. Zwar ist es auch in Belgien für einen positiven Bescheid hilfreich, wenn die Menschen bereits mehr als vier Jahre auf eine Asylentscheidung warten, sie schwer krank oder nachweislich stark in der belgischen Gesellschaft verwurzelt sind, aber anders als in Spanien oder Frankreich findet die Legalisierung des Aufenthaltsstatus außerhalb des vergangenen Zehn-Jahre-Rhythmus kaum statt, wodurch die Zahl der Sans-papiers stetig wächst. Für Abdul-Azim von der „Union des Sans Papiers pour la Régularisation“ ist diese politische Blockade nicht nachvollziehbar:

„Wir arbeiten sowieso schon seit Jahren undokumentiert, und was wir verdienen, fließt direkt zurück in die belgische Wirtschaft. Alles, was wir wollen, ist, endlich legal arbeiten zu können“, und fügt hinzu: „Wir wollen von niemandem etwas geschenkt.“

**Auch wenn es in Belgien** mittlerweile ruhiger um die Sans-papiers geworden ist, bleibt die Béguinage-Kirche weiterhin Anlaufstelle der Papierlosen. Viele Aktivist\*innen wohnen eigentlich in anderen Städten Belgiens, aber sie wollen so lange bleiben, bis über ihren Antrag entschieden wurde. Wie viele der Antragsteller\*innen schließlich legal in Belgien bleiben können, ist noch völlig offen. Organisationen, die den Streik begleiteten, kündigten bereits an, die Aktion fortsetzen zu wollen, sollten ihre Forderungen nicht ernst genommen werden. Auch einige Regierungsmitglieder kündigten an, weitere Maßnahmen zu ergreifen, wenn Mahdi bei seinem Kurs und somit die individuelle Legalisierung unmöglich bleibt. Solange Belgien keine dauerhafte Lösung für undokumentierte Menschen in Belgien findet, werden Eskalationen wie in diesem Sommer regelmäßig den politischen Diskurs bestimmen. ☉

## „Dieses System macht es Ausländer\*innen sehr, sehr schwer“

**Über zehn Jahre hat Jin L.\* in der Wiener Nachtgastronomie hinter der Bar gearbeitet. Den Job als Kellnerin begann sie, um ihr Studium an der Kunstuniversität zu finanzieren. In der notorisch als „Stressbranche“ geltenden Gastronomie herrschen häufig prekäre Beschäftigungsverhältnisse: Die Löhne sind niedrig, Wochenend- und Feiertagsdienste die Norm, die viel Flexibilität abverlangt. Typisch ist geringfügige, Teilzeit- und saisonale Beschäftigung, aber auch un- bzw. unterdokumentierte Arbeit. Wenig überraschend arbeiten in der Branche viele Migrant\*innen und Studierende.**

**Wie andere Drittstaatsangehörige brauchen Student\*innen aus Nicht-EU-Ländern eine Beschäftigungsbewilligung vom AMS, wenn sie in Österreich arbeiten wollen. Die Verantwortung dafür liegt bei den Arbeitgeber\*innen – theoretisch. Denn in der Praxis gehen viele sehr lasch damit um.**

**Als ich in einem bekannten Nachtclub zu arbeiten begann,** wurde ich auf geringfügiger Basis angemeldet. Damals wusste ich nicht, dass ich als ausländische Studierende eine Arbeitserlaubnis brauche. Meinen Arbeitgeber\*innen – der Club wurde von mehreren Leuten geführt – war das aber offensichtlich auch nicht klar. Niemand dachte, dass es irgendein Problem geben könnte.

Nach einiger Zeit musste ich mein Studentenvisum verlängern. Als die Beamt\*innen der MA 35\*\* in meinen Unterlagen sahen, dass ich angestellt arbeite, wollten sie eine Bestätigung vom AMS sehen. Da merkte ich schon, dass irgendwas im Argen liegt. Ich marschierte also zum Arbeitsmarktservice. Dort sagten sie mir, dass ich illegal tätig sei und ein Verfahren am Hals haben würde.

Bevor ich nach Österreich kam, hatte ich noch nie im Ausland gelebt und gearbeitet, so etwas wie eine Beschäftigungsbewilligung war für mich völlig neu. Als ich meinen Arbeitgeber\*innen erzählte, was passiert war, meldeten sie mich sofort ab. Die Abmeldebestätigung

schickte ich dann der MA 35. Natürlich hatte ich Angst, dass sie mein Visum nicht erneuern würden. Während ich auf Nachricht wartete, versuchte ich, mehr über die Gesetze und Visaregeln in Erfahrung zu bringen. Das alles war sehr verwirrend.

**Die Warterei machte mich total verrückt.** Aber ich hatte großes Glück: Der Vater einer Studienkollegin war Anwalt und wollte mich unterstützen. Er schrieb dem Magistrat einen netten Brief – darin stand, dass ich eine gute Studentin sei, dass ich keinesfalls absichtlich illegal gearbeitet hätte und ich diesen Fehler nicht wiederholen würde. Das alles auf dem Briefpapier der Anwaltskanzlei. Kein Wort über meine Arbeitgeber\*innen, die die Beschäftigungsbewilligung eigentlich hätten beantragen müssen. Und siehe da: Nach einer Woche erhielt ich Antwort von der MA 35 mitsamt dem verlängerten Visum. Ich hatte meine Lektion gelernt.

Im Club suchten wir nach Möglichkeiten, wie ich dort weiterarbeiten konnte. Es gab ein gutes Arbeitsklima, meine Chef\*innen mochten mich und hatten ein schlechtes Gewissen wegen der ganzen Sache, und ich brauchte das Geld. Weil ich wegen des undokumentierten Jobs beim AMS gesperrt war, konnten sie aber ein Jahr lang keine Beschäftigungsbewilligung für mich beantragen. Letztlich deklarierten wir es als Saisonarbeit. Das war super aufwändig und musste jedes Mal neu angesucht werden. Anderthalb Jahre ging das so, bis ich endlich eine Beschäftigungsbewilligung bekam.

**Ich war dann teilzeitangestellt** mit 20 Wochenstunden. Zu der Zeit wurde auch der Stundenlohn erhöht, zu Weihnachten und Silvester bekamen wir den doppelten Stundenlohn. Es war einerseits sehr gut bezahlt, andererseits bekamen wir kein 13. und 14. Gehalt. Also auf dem Zettel schon, aber nicht in echt. Es waren alle für weniger Stunden angestellt, als sie tatsächlich gearbeitet haben. Einigen passte das auch, damit sie die Kinderbeihilfe nicht verlieren. Insgesamt war es sehr unübersichtlich. Ab und zu gab es ► **7**

► Kontrollen vom Finanzamt und vom Magistrat – Gott sei Dank war ich nie dort, wenn das passierte und die Chef\*innen sagten uns immer, dass wir unsere Dienstpläne nicht herzeigen sollten.

Wirklich schlimm war, dass es keinen bezahlten Krankenstand gab. Ein Arbeitskollege hatte einmal einen Radunfall, er konnte mehrere Monate lang nicht arbeiten und bekam kein Geld. Irgendwann haben wir uns entschieden, unsere eigene „Krankenkasse“ einzurichten. Wir zahlten von unserem Trinkgeld regelmäßig einen fixen Betrag ein und hatten dann immer ein paar hundert Euro in der Kasse. Wenn jemand einen Unfall hatte oder krank wurde, haben wir der Person ab der dritten Woche Krankenstand Geld aus dieser Kasse ausgezahlt. Das funktionierte deshalb, weil wir als Barteam schon mehrere Jahre zusammengearbeitet hatten und einander voll vertrauten. Zu den Chef\*innen sagten wir: „Zahlt noch ein bisschen was drauf!“, was sie auch gemacht haben, zum Beispiel 200 Euro. Also hatten wir es „gut“.

**Wenn dich dein\*e Arbeitgeber\*in schlecht behandelt**, hast du die Möglichkeit wegzugehen. Aber es gibt auch den anderen Fall – den erlebt man in Österreich sehr häufig –, nämlich den, dass dein\*e Arbeitgeber\*in nicht absichtlich falsch handelt, aber sich auch nicht bemüht, es besser zu machen. Er\*sie kommt dann auf die nette Tour, auf die Art: Es läuft doch eh ok, und wir mögen einander, oder?

Klar, wir, die dort gearbeitet haben, waren auch daran beteiligt. Aber es ist doch so: Wenn was schief läuft, trägt der\*die Chef\*in ein kleines, die Arbeiter\*innen dagegen ein großes Risiko. Und wenn du wie ich Ausländerin bist, hast du überhaupt die Arschkarte gezogen. Und das wissen die Arbeitgeber\*innen auch.

**Ich habe von vielen ausländischen Freund\*innen** von der Uni gehört, dass sie Arbeit suchen, aber den meisten Arbeitgeber\*innen ist die AMS-Bürokratie zu kompliziert oder zu viel. Aber wer soll sich sonst damit auskennen? Als ich mich mehr mit diesen Dingen zu beschäftigen begann, wurde ich wirklich wütend. Ich meine, ich darf in Österreich nicht einmal wählen – das sind eure Gesetze, ihr müsst doch wissen, wie's läuft! Das System erlaubt es Arbeitgeber\*innen, sehr sorglos zu sein. Und dasselbe System macht es Ausländer\*innen sehr, sehr schwer. Und selbst wenn du an das Wissen herankommst, kannst oft trotzdem nichts machen. Eine Beschäftigungsbewilligung kann ich ja nicht für mich selber einreichen, da bin ich auf den Arbeitgeber angewiesen. ☹

\* Name von der Redaktion geändert

\*\* Magistratsabteilung für Einwanderung und Staatsbürgerschaft der Stadt Wien

## Arbeit ohne Papiere ... aber nicht ohne Rechte!

- Du arbeitest ohne Papiere (Aufenthalts- oder Beschäftigungsbewilligung)?
- Du musst länger als 12 Stunden am Tag arbeiten?
- Du hast deinen Job verloren und es fehlt noch Geld?
- Du bist krank, hast aber keine Versicherung?



Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung UNDOKumentiert Arbeitender

Die UNDOK-Anlaufstelle bietet:

- kostenlose und anonyme Information
- Beratung in mehreren Sprachen
- Unterstützung bei der Durchsetzung deiner Rechte
- Arbeitsrecht-Workshops für dich und deine Kolleg\*innen

## UNDOK – Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender

☎ +43 (0)1 534 44-39040

✉ office@undok.at

Beratung: Montag 9.00–12.00, Mittwoch 15.00–18.00  
ÖGB/Catamaran  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1  
Lounge/Erdgeschoß, Beratungs-Koje

### Finde uns online:

www.undok.at

www.undok.at/newsletter

📘 facebook.com/undok.at

🐦 twitter.com/undok\_at

## Mitglieder/Kooperationspartner\*innen des UNDOK-Verbands:

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit

☑ Bundesministerium Arbeit



## Impressum

Medieninhaber & Herausgeber: UNDOK – Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien – www.undok.at • Redaktion: Radostina Patulova, Vina Yun • Mitarbeit: Heidrun Aigner, Elisa Kahlhammer, Iva Marković • Grafik: Patrick Anthofer, Fridolin Schadauer • Illustrationen: Petja Dimitrova • Korrektorat: Gabriele Migdalek • Stand: Oktober 2021